

CONV 201/02

WG III 8

VERMERK

des	Sekretariats
für	die Gruppe "Rechtspersönlichkeit"
<u>Betr.:</u>	Kurzniederschrift über die Sitzung vom 10. Juli 2002

1. Die Gruppe hörte in ihrer Sitzung vom 10. Juli 2002 die Ausführungen der folgenden vier Experten:
 - Herrn Jean-Victor Louis, Professor an der ULB (Brüssel);
 - Herrn Antonio Tizzano, Generalanwalt beim Europäischen Gerichtshof;
 - Herrn Alan Dashwood, Professor an der University of Cambridge, und
 - Herrn Carlos Westendorp y Cabeza, Vorsitzender des Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments.¹

AUSFÜHRUNGEN VON HERRN PROFESSOR J.-V. LOUIS

2. Professor Louis erinnerte daran, dass die ausdrückliche Anerkennung der Rechtspersönlichkeit der Union weder für die Zuständigkeiten, die sich aus den Verträgen ergeben, noch für die Aufteilung in Säulen eine automatische Rechtswirkung habe. Seiner Auffassung nach würde nur eine einzige Rechtspersönlichkeit an die Stelle der Rechtspersönlichkeiten der Gemeinschaften den Anforderungen der Vereinfachung und der Transparenz gerecht, die den Leitfaden der Reform bilden müssen. Diese Vereinfachung wäre für die Union und die Drittstaaten, unsere Partnerländer, von Nutzen.

¹ Für eine umfassende Einsicht in die schriftlichen Ausführungen werden die Mitglieder auf den Wortlaut der Beiträge verwiesen, die vom Sekretariat in ihrer ursprünglichen Sprachfassung verteilt worden sind.

3. In Anbetracht der Tatsache, dass die Säulenstruktur von den Autoren des Maastrichter Vertrags als vorläufig angesehen wurde, schlug er die allgemeine Einführung der Gemeinschaftsmethode im Rahmen der gegenwärtigen Reform vor, da diese demokratischer, transparenter und wirksamer sei.
4. Er führte in dieser Hinsicht an, dass die Zuerkennung einer einzigen Rechtspersönlichkeit für die Union anstelle der Rechtspersönlichkeit der Gemeinschaft die angemessenste Lösung wäre. Ferner müssten die Verhandlungsfähigkeit der Union, die Effizienz ihrer Vertragsabschlussverfahren sowie die Wirksamkeit ihrer Vertretung auf internationaler Ebene verbessert werden.
5. Er hob hervor, dass in diesem Bereich eine Ausrichtung auf die Gemeinschaftsmethode erfolgen müsse, wobei in diesem Zusammenhang keine Möglichkeit bestehen dürfe, aus verfassungsrechtlichen Gründen einen Vorbehalt aufrechtzuerhalten (wie in Artikel 24 EUV vorgesehen). Er wies insbesondere auf die Nachteile hin, die sich durch eine allgemeine Verwendung gemischter Übereinkünfte ergäben.
6. Ferner wies er auf das demokratische Defizit hin, das mit dem Vertragsabschlussverfahren nach Artikel 24 EUV einhergehe, da kein Parlament an diesem Verfahren beteiligt sei (es sei denn, ein Staat beschließt, seine Zustimmung von der Durchführung von verfassungsrechtlichen Verfahren abhängig zu machen). Der Konvent müsse diesen Mangel beheben und die Anhörung des Europäischen Parlaments vorsehen.
7. Die Union müsste auf internationaler Ebene mit einer Stimme sprechen und sollte hierzu auch in den Fällen, in denen die Zuständigkeiten auf interner Ebene nicht ausschließlich bei der Gemeinschaft liegen, durch eine einzige Delegation vertreten werden. Ein Beispiel wäre die Teilnahme der Union an internationalen Organisationen im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion durch eine einzige Vertretung, die den Rat, die Kommission und die EZB einbezieht, anstelle einer gemischten Vertretung unter Beteiligung der Staaten im Namen der Union.

8. Zur Frage der Vereinfachung der Verträge sprach er schließlich zwei Möglichkeiten an: Würden die Rechtspersönlichkeiten der Gemeinschaften und der Union zu einer einzigen fusioniert, so könnten die Trennung der Verträge und der Organisationen sowie die Säulenstruktur (mit geringfügigen Änderungen) entweder bestehen bleiben oder es könnte eine einzige Organisation errichtet werden. Er befürwortete die letztgenannte Möglichkeit, die eine Fusion der Verträge und Organisationen beinhaltet. In diesem Fall wäre eine Neufassung der Grundlagentexte des Primärrechts in einem Grundlagenvertrag erforderlich, mit dem die Verfahren und Instrumente vergemeinschaftet und vereinfacht werden.

AUSFÜHRUNGEN VON GENERALANWALT TIZZANO

9. Herr Tizzano erinnerte daran, vor welchem Hintergrund die Verhandlungen zum Maastrichter Vertrag stattgefunden haben, sowie an die damals vorgebrachten Argumente für beziehungsweise gegen die Einführung der Rechtspersönlichkeit der Union. Er vertritt die Auffassung, dass bereits heute behauptet werden könne, die einzige Rechtspersönlichkeit läge bei der Union. So könne die These der "vierten Rechtspersönlichkeit", nach der die Union eine eigene Rechtspersönlichkeit besitzt, gleichzeitig aber auch die Rechtspersönlichkeit der Gemeinschaften bestehen bleibt, nicht aufrechterhalten werden. Ein derartiges Konzept würde insbesondere bei der Vertretung der Union nach außen und beim Abschluss von internationalen Übereinkünften zu großen Schwierigkeiten führen.
10. Er führt an, dass diese einzige Rechtspersönlichkeit der Union die Anerkennung eines einzigen Völkerrechtssubjekts, nämlich der Union, zur Folge habe. Intern würden für jede Säule nach den Verträgen allerdings die ihren jeweiligen Besonderheiten entsprechenden Regeln gelten. Hieraus ergäbe sich, dass jede internationale Übereinkunft nach Maßgabe der besonderen Bedingungen derjenigen Säule geschlossen würde, unter die der angenommene Rechtsakt falle.

AUSFÜHRUNGEN VON HERRN PROFESSOR DASHWOOD

11. Professor Dashwood prüfte die praktischen Auswirkungen der Zuerkennung der Rechtspersönlichkeit für die Union, insbesondere in Bezug auf die "klassischen" gemischten Übereinkünfte (die sowohl die Gemeinschaften als auch die Mitgliedstaaten betreffen), die säulenübergreifenden Übereinkünfte (die sowohl die EG als auch die EU betreffen) sowie die Übereinkünfte, die in beide Kategorien fallen (und sowohl die EU, die EG und die Mitgliedstaaten betreffen).

12. Für die "klassischen" gemischten Übereinkünfte ergäbe sich keine Änderung, da sie nur die Union betreffen. In den beiden anderen Fällen könnte es jedoch zwei Völkerrechtssubjekte geben, die Union und die Gemeinschaft, zu denen gegebenenfalls noch die Mitgliedstaaten hinzukämen. Die Zuerkennung der Rechtspersönlichkeit für die Union wäre bereits eine entscheidende Vereinfachung, da die Rechtspersönlichkeit der Union an die Stelle der Rechtspersönlichkeit der Gemeinschaft träte.
13. Sodann prüfte er die Auswirkungen der ausdrücklichen Zuerkennung der Rechtspersönlichkeit für die Union auf die Verfahren zur Aushandlung und zum Abschluss von gemischten Übereinkünften (die die EG und die Mitgliedstaaten oder die EU, die EG und die Mitgliedstaaten betreffen). Das Initiativrecht im Rahmen dieser Verfahren kann nach Artikel 22 EUV bzw. Artikel 34 Absatz 2 EUV auch bei Übereinkünften im Rahmen der zweiten und dritten Säule von der Kommission ausgeübt werden. Was die Verhandlungsführung betrifft, so schlägt er eine Änderung von Artikel 24 EUV vor, um dem Rat explizit die Möglichkeit zu geben, die Kommission zu ermächtigen, in seinem Namen die Teile einer gemischten Übereinkunft auszuhandeln, die unter die zweite und dritte Säule fallen. Bei derartigen gemischten Übereinkünften würden im Rat unterschiedliche Abstimmungsverfahren gelten, je nachdem ob es sich um die erste Säule (z.B.: qualifizierte Mehrheit, wenn Artikel 133 EGV oder Artikel 181 EGV Anwendung finden) oder um die zweite oder dritte Säule (qualifizierte Mehrheit oder Einstimmigkeit entsprechend den Fällen nach Artikel 24 EUV) handle.
14. Professor Dashwood schlug eine Änderung von Artikel 24 EUV vor, um die Anhörung des Europäischen Parlaments in Bezug auf internationale Übereinkünfte, die unter die zweite und dritte Säule fallen, einzuführen.
15. Was schließlich die gerichtliche Kontrolle hinsichtlich der genannten gemischten Übereinkünfte betrifft, so bestehen Unterschiede zwischen dem Teil, der unter das Gemeinschaftsrecht fällt (uneingeschränkte gerichtliche Kontrolle), dem Teil, der zur zweiten Säule gehört (keine Kontrolle), und dem Teil, der unter die dritte Säule fällt (eingeschränkte Kontrolle nach Artikel 35 EUV).

AUSFÜHRUNGEN VON HERRN WESTENDORP Y CABEZA

16. Herr Westendorp y Cabeza, der in einer Strategiegruppe zur Vorbereitung der Beratungen im Rahmen der Regierungskonferenz 1996 den Vorsitz geführt hatte, rief die Einzelheiten der damaligen Verhandlungen in Erinnerung. Er erwähnte insbesondere die irische und die niederländische Initiative im Rahmen dieser Regierungskonferenz. Bereits 1996 habe eine große Mehrheit für die ausdrückliche Anerkennung der Rechtspersönlichkeit der Union bestanden. In der gegenwärtigen Situation müsse die Rechtspersönlichkeit der Union anerkannt werden und an die Stelle der bestehenden Rechtspersönlichkeiten treten.
17. Er hob hervor, dass im Rahmen der Artikel 24 und 38 EUV und im Rahmen von Artikel 133 EGV die obligatorische Anhörung des Europäischen Parlaments vorgesehen werden müsste. Dieser gegenwärtige Mangel führe zu einem demokratischen Defizit bei den Verfahren zum Abschluss der genannten internationalen Übereinkünfte und müsste vom Konvent behoben werden.

*

* *

18. Nach einem Gedankenaustausch mit den eingeladenen Experten kam die Gruppe überein, ihre Beratungen in der nächsten Sitzung am 18. Juli 2002 auf der Grundlage eines ersten Berichtsvorentwurfs, der vom Vorsitzenden vorgelegt wird, fortzusetzen. Das Verfahren zur Annahme dieses Textes soll in der nächsten Sitzung am 18. Juli 2002 festgelegt werden.
